

XXIII. GP.-NR

4744 /J

ANFRAGE

08. Juli 2008

der Abgeordneten Dr. Aspöck,
Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend der Pensionsprivilegien für ehemalige Angestellte der
Tauernkraftwerke AG (TKW).

Am 13. Jänner 1996 erschien in der „Kronen Zeitung“ folgender Artikel der einen Zusammenhang zwischen den steigenden Strompreisen und den Zusatzpensionen der TKW-Pensionisten sieht.

20.000 S Firmenzuschuß pro Kopf und Monat ● Jetzt Reform

Tauernkraftwerke: Zusatzpension kostet 240 Millionen S pro Jahr!

240 Millionen Schilling Zusatzpension jährlich für nicht einmal 1000 frühere Mitarbeiter: Diese gigantischen freiwilligen Zahlungen hat jetzt der Rechnungshof aufgedeckt, und zwar in einem neuen Bericht über die Gehälter in Firmen mit Bundesbeteiligung. Diese enormen Kosten zwingen jetzt zum Sparen...

Normalen ASVG-Pensionisten oder gar Mindestrentnern bleibt bei solchen Zahlen die Spucke weg: Mehr als 243 Millionen Schilling haben die Tauernkraftwerke im Jahr 1994 für ihre 965 Firmen-Pensionisten ausgegeben. Das System war ein-

fach: Sie bekamen 80 Prozent von ihrem letzten Gehalt als Pension. Alles was

VON R. REDTENBACHER

höher war als die höchste ASVG-Pension, bezahlten die Tauernkraftwerke. So

bekamen die TKW-Pensionisten von ihrer Firma im Durchschnitt 260.000 Schilling Pensionszuschuß pro Jahr mehr als 20.000 Schilling monatlich.

Zahlen mußten dafür die Stromkunden. „Aber das System war nicht mehr zu finanzieren“, berichtet Tauernkraftwerke-Chef Karl Gollegger. Seit 1. Jänner wird gespart: Es gibt eine eigene Pensions-Kasse, in die auch die Mitarbeiter 50 Prozent einzahlen müssen.

Bezugnehmend auf einen Bericht des Rechnungshofes zeigte die „Kronen Zeitung“ auf, daß die steigenden Strompreise unter anderem auf die exorbitant hohen Zusatzpensionen ehemaliger TKW-Mitarbeiter zurückzuführen sind.

Seit 1996 hat sich, die regelmäßige und unverhältnismäßige Erhöhung der Strompreise betreffend, nichts geändert. Der Strompreis steigt kontinuierlich an so daß, besonders für Personen mit kleinen Einkommen, darunter viele Pensionisten, die Lebenskosten auf ein unerträgliches Maß gestiegen sind.

